

**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 15 (1935-1936)  
**Heft:** 8

**Artikel:** Amerika vor der Präsidentenwahl  
**Autor:** Mattick, Paul  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-332460>

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 16.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

stattfand, ohne daß vorher in bedeutendem Umfang die Aktionseinheit hergestellt war.

Wenn Dimitroff in seinen auf dem Weltkongreß aufgestellten fünf Bedingungen für die Einheit der Arbeiterklasse forderte, der Einigung der Organisationen müsse die Durchführung der Aktionseinheit vorangehen, so scheint nach den Erfahrungen der französischen Einheitsbewegung die Aktionseinheit nur ein Hindernis und kein Motor der Einheit der Arbeiterklasse zu sein. Der französische Parteisekretär Thorez erklärte kürzlich, daß die Kommunistische Partei im November 1935 90,700 Mitglieder gegen 52,000 im September 1934 kassiere, wobei die Zahl für das Vorjahr bestimmt zu hoch gegriffen sein dürfte. Stimmen diese Angaben, so wäre die Kommunistische Partei in der Erreichung ihres Ziels, durch die Einheitsfrontbewegung wieder an die Massen heranzukommen, ein gutes Stück vorangekommen, und es besteht für sie durchaus keine Veranlassung, in absehbarer Zeit die Vereinigung zwischen den beiden Parteien zu fördern.

Sicher ist freilich gleichzeitig, daß die sozialistische Bewegung es nicht verstand, die spontane Einheitsbewegung des französischen Proletariats für die wirkliche Einheit auszunutzen, daß sie fast Objekt der Entscheidungen des Partners blieb. Léon Blum antwortete vor einiger Zeit Kritikern und Zweiflern, sie sollten doch bedenken, wohin man gekommen wäre, wenn man sich nicht an der Einheitsbewegung beteiligt hätte. Es ist ganz sicher, daß ein Ausschalten aus der Einheitsbewegung zur Abwehr gegen den Faschismus unmöglich war. Aber wir glauben, daß die Frage nicht so gestellt werden darf. Es muß vielmehr gefragt werden, was hätte aus dieser Einheitsbewegung gemacht werden können, und war wirklich nicht mehr zu erreichen, als im Jahre 1935 erreicht worden ist?

So bleibt als wirkliches Aktivum nur die Einheit der Gewerkschaftsbewegung, deren Bedeutung freilich in den kommenden Auseinandersetzungen groß genug sein kann. Gelingt es aber nicht, die Stagnation der politischen Einheitsbewegung zu überwinden, so wird vielleicht schon im Jahre 1936 das internationale Proletariat, das mit gespannter Aufmerksamkeit auf seine französischen Brüder schaut, in seinen Erwartungen tief enttäuscht, sich von der Einheitsbewegung überhaupt abwenden.

---

## Amerika vor der Präsidentenwahl

Von Paul Mattick.

Wie vieles andere, so ist auch die Krise eine Gewohnheitssache, je länger man darin lebt, desto weniger häßlich wird sie empfunden. Ist es auch schlimm, so könnte es doch noch schlimmer sein, so wie ein verunglückter Mensch sich glücklich schätzt, nur seine Beine und nicht den Kopf verloren zu haben. Die Klagen über das allgemeine

Elend fallen auch dem Nüchternsten eines Tages auf die Nerven, und er sucht Erholung in den farbigeren Momenten des gesellschaftlichen Lebens. Diese erste Reaktion auf eine längere, sich stabilisierende Depressionsperiode scheint jenen Oekonomen recht zu geben, für die die ganze Krise eine psychologische Erscheinung ist: man braucht nur aufzuhören, von ihr zu sprechen, dann ist sie auch schon vorbei. Die Panikstimmung, die die Menschen einst vor den Banken demonstrieren ließ, weil ihr Geld bereits von anderen abgehoben war, die Streikwelle, die Arbeitslosenunruhen, die Selbstmorde bankerotter Kapitalisten und verhungernder Arbeiter, alles das war vergessen, und folglich stiegen die Dividenden. Von den wachsenden Profiten schloß man auf eine neue ungeahnte Prosperität, und selbst die Bescheidenen sprachen von einer unter Umständen vielversprechenden Atempause im wirtschaftlichen Niedergang.

Wurden die Ursachen der Depression von den verschiedensten Leuten an den verschiedensten Plätzen gesucht und auch gefunden, so waren auch die Erklärungen für die heraufziehende Konjunktur äußerst mannigfaltig und widerspruchsvoll. Mit größter Heftigkeit stritt man sich jedoch um die Ehre der Vaterschaft der neugeborenen Prosperität und bemerkte dabei nicht, daß sie inzwischen bereits wieder verschieden war. Man war so schlau wie zuvor, und die Politik hatte sich erneut auf der Suche nach einem Retter aus dem wirtschaftspolitischen Chaos zu reduzieren.

Das in den letzten Monaten erhobene hoffnungsvolle Konjunkturgeschrei basierte auf der willkürlichen Generalisierung von Einzelfällen. Für die Gesamtwirtschaft war von einem günstigen Umschwung keine Rede. Der bedeutende amerikanische Historiker Charles A. Beard wies nach, »daß die vorhandene Wirtschaftsbelebung, zum größten Teil durch Regierungsgelder ermöglicht, keine Hoffnungen auf die Zukunft erlaubt. Die europäischen Zustände schließen eine Erweiterung des Außenhandels aus, die Situation im Lande selbst die Ausdehnung des Binnenmarktes.« Der schnell verflogene Optimismus hatte sich in nichts weiter als der Tatsache zu rechtfertigen, daß die wirtschaftliche Lage während des Jahres 1935 keine Verschlechterung erfuhr, daß sie auf dem Krisenniveau von 1931 bis 1933 stabilisiert werden konnte. Weder die bemerkenswerte Zunahme des Geschäftes in der Automobilindustrie, noch die leichte Verbesserung der landwirtschaftlichen Situation, weder die Ungültigerklärung der NRA. (National Recovery Act) durch das Oberste Gericht (Supreme Court) und ihre aktuelle Aufhebung, noch die Belebung verschiedener Geschäftszweige durch den Krieg in Afrika waren imstande, einen wirklichen allgemeinen Aufschwung herbeizuführen. Was auf der einen Seite gewonnen wurde, verlor man auf der anderen. Die glücklichen Geschäfte reichten nur aus, einen weiteren Niedergang vorübergehend aufzuhalten.

Die den Monopolen günstige Politik Roosevelts hat ohne Zweifel dazu beigetragen, daß notwendige ökonomische und technische Reorganisationen im Interesse größerer Profitabilität beschleunigt vor sich

gingen. Aber eine Profiterhöhung allein sagt noch nichts über die Möglichkeiten der weiteren Entwicklung. Die Profite mögen steigen und dennoch zu gering sein, um eine beschleunigte Akkumulation zu ermöglichen, von der der allgemeine Aufschwung abhängt. Colonel P. Ayres, einer der besten bürgerlichen Oekonomen Amerikas, schrieb Ende des Jahres, »daß nichts verwunderlicher wäre, als die Tatsache, daß von einem vorhandenen Kapitalüberfluß trotz gleichzeitiger Warenknappheit kein Gebrauch gemacht würde. *Die niedrigste Zinsrate in der ganzen amerikanischen Geschichte verlockt niemanden zu produktiven Neuanlagen.* Bisher konstituierte ein Warenbedürfnis bei gleichzeitigem Kapitalüberfluß Gelegenheit zu Neuanlagen; heute ist das nicht der Fall. *Die Wirtschaft stagniert in einem Maße, für das es in der Geschichte des Kapitalismus kein Beispiel gibt.*«

Während einerseits die NRA.-Politik, als Instrument der temporären Ueberbrückung des Widerstandes des weniger monopolisierten und weniger konzentrierten Kapitals und zur Sicherung des Wirtschaftsfriedens abgeschlossen ist, ist die in ihr enthaltene Tendenz der Förderung der Monopole und der Kapitalkonzentration in der neuen Gesetzgebung, der Banking-Bill und dem Steuerprogramm, fortgesetzt. Ist die NRA. auch tot, insoweit als sie vorgab, den Arbeiterinteressen zu entsprechen, so lebt ihr monopolistischer Charakter weiter und zwingt die schwächeren Kapitalien zu immer neuen Protesten, die den eventuellen Ruin, der in der Wirtschaftsstagnation bereits angekündigt ist, jedoch nicht aufhalten können. Mit nicht wenig Genuß reproduzieren die Zeitungen die sich oft zur Raserei steigernden Ausfälle gegen Roosevelt, die in dem Wahlruf des sich um die Präsidentschaftskandidatur bemügenden Gouverneurs von Georgia, namens *Talmadge*, »Heraus mit den Kommunisten aus dem Weißen Haus«, ihre Spitze finden.

Es ist belustigend, den zeitgemäßen Vertreter des Kapitalismus, Roosevelt, als Feind des Kapitals behandelt zu sehen; aber seine Verwaltung verkörpert auch tatsächlich beide Momente. Um aus dem heutigen Dilemma zu kommen, müßten die großen Monopole imstande sein, auf erweiterter Stufenleiter zu akkumulieren. Aber eben das können sie nicht, da sich dies vom Profitstandpunkt aus weder lohnt noch möglich ist. Um zu halten, was man hat, muß die eigene Stagnation zur gesellschaftlichen werden und wirkt sich aus in der Erdrosselung der Initiative der kleinen Kapitalisten, die, so paradox es auch klingen mag, gerade auf Grund ihrer Schwäche noch Akkumulationsmöglichkeiten haben in Zuständen, welche die Akkumulation für die großen Monopole ausschließen. Jedoch lassen die letzteren nicht zu, daß die kleinen Kapitale ihre Chancen realisieren. Bis die Monopole weiter profitabel akkumulieren können, ist die wirtschaftliche Stagnation die einzige ökonomische Möglichkeit, die dazu noch als »Konjunktur« zu gelten hat, die unweigerlich durch Krisen abgelöst werden wird. Die ganze enorme, im Interesse größerer Profitabilität vorgenommene Reorganisation des amerikanischen Kapitalismus in den letzten Jahren hat nicht mehr gebracht als die Stabilisierung auf einem gegebenen

Krisenniveau. Was früher für eine neue Konjunkturwelle ausgereicht hätte, erlaubt heute nur die temporäre Erhaltung eines bestimmten Krisenpunktes, ein Zustand, der als Zukunft nur die Verschärfung der Krise und die eventuelle erneute Stabilisierung auf einem noch niedrigeren Niveau haben kann.

Die altbekannte Tatsache, daß ein Kapitalist viele tötet, hat unter dem Roosevelt-Regime phantastische Verwicklungen mit sich gebracht. Die untergehenden kleinen Kapitalisten unterschieben Roosevelt die Absicht, das gesamte Privateigentum unter Staatskontrolle bringen zu wollen. Dieser Angriff kapitalistischer Schichten veranlaßt die bürokratisch-liberalistischen Elemente und die Gewerkschaftsbewegung, Roosevelt in »seinem Kampf gegen die Geldsäcke« zu unterstützen, während das wirkliche, das herrschende Kapital, ruhig seinen Geschäften nachgeht und einerseits die schäbige Konkurrenz vernichtet, andererseits Maßnahmen trifft, die staatlichen Mittel gegen die Arbeiterschaft auszubauen. Das Kleinbürgertum, die Arbeiterschaft und die kleinen Kapitalien verwechseln Freund und Feind, und das amerikanische Politikantentum lebt nicht nur von dieser allgemeinen Verwirrung, sondern vergrößert sie noch. Das scheinbar liberalistische, klassenversöhnende Roosevelt-Programm wird, sobald es zum Gesetz erhoben ist, prompt wieder vom Supreme Court als ungesetzlich erklärt und praktisch aufgehoben. Die zwölf alten Männer des Supreme Court haben anscheinend mehr Macht als der ganze Kongreß, und willig beugt man sich ihrer Diktatur. Man hat damit das seiner Gefolgschaft gegebene Versprechen gehalten, ohne es verwirklicht zu haben. Man hat seinen guten Willen gezeigt, die Schuld liegt bei den andern. Die Schauspieler des »New Deal« spielen ihre Rollen ausgezeichnet; in den Wochenschauen der Kinos täuschen sie sogar den Schweiß des sorgenden Staatsmannes vor und sprechen in Bitternis vom »größten legalen Diebstahl aller Zeiten« durch das Supreme Court, wie es kürzlich Staatssekretär Wallace tat, als das Supreme Court Steuergelder in Höhe von 50 Millionen Dollar in die Taschen der Nahrungsmittelindustriellen verschob.

Das Supreme Court beruft sich auf die amerikanische Konstitution, die überhaupt jetzt erst populär geworden ist. Alle reaktionären Elemente werfen sich heute auf die Verteidigung der Verfassung, die ein jeder glaubt in seinem Interesse verbiegen zu können, die aber auch genau so gut den monopolistischen Notwendigkeiten angepaßt werden kann. Ein anderer republikanischer Anwärter auf den Präsidentenposten, Gouverneur Landon von Kansas, erzählte seinen Zuhörern, »daß die amerikanische Verfassung ausschließlich zur Sicherung von Minoritätsinteressen gegen eventuelle von unverständigen Majoritäten kontrollierten Regierungen verfaßt worden wäre«, und die Handlungen des Supreme Court scheinen diese Auffassung zu bestätigen. In Wirklichkeit jedoch wäscht gerade hier eine Hand die andere. Die Feindschaft zwischen Supreme Court und Regierung erlaubt der Regierung beides: die soziale Phrase und die monopolistische Interessenvertretung, und das ist das Geheimnis ihres Erfolges. Je mehr sich die Wirt-

schaftsbestimmung zu zentralisieren hat, je mehr Kapital und Staat miteinander verschmelzen, desto lebhafter muß der Protest der Vergessenen sein, und desto schärfer tobt der Kampf um die einflußreichen Regierungspositionen, obgleich jeder konkurrierenden Gruppe die gleichen Aufgaben und Möglichkeiten gegeben und aufgezwungen sind. Der Kampf der Politiker um den staatlichen Einfluß vermischt sich mit den wirklichen Auseinandersetzungen der verschiedenen kapitalistischen Interessengruppen so sehr, daß von den Beteiligten keiner wirklich mehr weiß, was er eigentlich sagt, oder zu sagen hat. Sie wissen nur, zu wem sie gerade sprechen, und das genügt auch vollständig.

Die Roosevelt-Administration, die sich um ihre Wiederwahl bemüht, verspricht jeder besonderen Gruppe, was ihr von Nutzen ist, ohne Rücksicht auf die damit offensichtliche Verwicklung in unlösbaren Widersprüchen. Den liberalen Elementen verspricht sie die Fortsetzung der klassenaussöhnenden Politik, den Arbeitern Organisationsfreiheit und soziale Gesetzgebung, den Farmern die Fortsetzung der Landwirtschaftshilfe, und zugleich beruhigt sie das reaktionäre Element mit dem Versprechen, die Steuern zu senken, das Staatsbudget in Ordnung zu bringen, die öffentlichen Arbeiten abzubauen, dem Geschäft freieren Spielraum zu gewähren usw. Diese Versprechungen werden, sobald sie von der Roosevelt-Administration gemacht werden, von den Republikanern als Faschismus und Kommunismus bezeichnet. Entscheidend ist hier nur, wer das meiste Geld zur Wahlpropaganda hat, und wer der größte Demagoge ist. Denn darüber sind sich die Konkurrenten klar, daß beide, Demokraten und Republikaner, wie in der Vergangenheit so auch in der Zukunft nur die gleiche Arbeit verrichten können; daß sie, trotz aller parteilich bestimmter Modifikationen zuletzt doch den wirtschaftspolitischen Notwendigkeiten zu folgen haben, die jene begünstigen, die heute schon begünstigt sind. Solange die Wirtschaft kapitalistisch bleibt, ist es Jacke wie Hose, wer seinen Namen darunter setzt.

Die Chancen der Roosevelt-Administration, erneut gewählt zu werden, sind groß, ja, soweit man heute sehen kann, ist dies fast sicher. Sie hat die entscheidenden kapitalistischen Gruppen für sich, und sie hat die Landwirtschaft, die Arbeiterschaft und auch den größeren Teil des Mittelstandes noch für sich. Diese glückliche Position der Demokraten veranlaßt die Republikaner, mit einer selbst in der korrumpten amerikanischen Geschichte noch nicht vorhanden gewesenen Demagogie vorzugehen. Man beschuldigt die Roosevelt - Administration offen, Regierungsgelder für ihre Parteipropaganda und zum Kampf gegen die Opponenten zu verwenden.

So schreibt die »Chicago Tribune« Anfang Februar: »Mit ihren unbegrenzten finanziellen Mitteln ist die Regierung imstande, eine Horde von Spitzeln, Untersuchungsbeamten und Vertrauensleuten gegen die Opposition einzusetzen und letztere zu terrorisieren. Niemand wagt ungestraft, zum Anti-Roosevelt-Fonds beizutragen.« Als Opfer dieses Terrors nennt man die »Chamber of Commerce«, »American Liberty

League«, »National Association of Manufactures«, »American Federation of Investors« und ähnliche Unternehmervereinigungen, die vom monopolistischen Kapital bedrängt werden. »Die französische Revolution hatte ihren Terror, so die russische und die Nazi-Revolution in Deutschland, aber auch die Roosevelt-Revolution übt Terror gegen ihre Gegner aus«, erklärte der republikanische Senator Hastings und forderte die Wiederherstellung der Demokratie unter den Fittichen seiner Partei.

Die republikanische Front ist jedoch weniger einheitlich, als ihr Geschrei es wahrhaben will. Auch die demokratische Partei ist innerlich zersetzt. Die Tatsache, daß die Regierungen mehr und mehr mit dem herrschenden Kapital direkt verschmelzen und immer weniger als Vollzugsorgan *aller* Kapitalisten gelten können, spaltet auch die alten Parteien und bringt Versuche zur Gründung neuer Parteien mit sich. Die von der Roosevelt-Administration vernachlässigten kapitalistischen Gruppen, die bisher hinter der demokratischen Partei standen, organisieren neue Formationen, wie die »Liberty League« Al Smiths, um ihre Interessen besser vertreten zu können. In der Republican Party wenden sich die »jungen Elemente« gegen die reaktionäre Tradition der Partei, um sie konkurrenzfähiger zu machen. Aus beiden Parteien lösen sich Interessengruppen und nehmen Fühlung mit den erst als Gerüst existierenden Formationen, die zu einer »Dritten« Partei führen sollen. Die heutigen, zur Diktatur drängenden Verhältnisse verhindern jedoch die Lebensfähigkeit einer solchen neuen Organisation genau so, wie das bisherige politische System Amerikas ihre Bildung erschwert hat, und immer wieder versucht man dann, die Sonderbestrebungen innerhalb des Zweiparteiensystems zu vertreten. Der Liberalismus als geistiger Ausdruck des Laissez-faire-Kapitalismus ist außerstande, sich auf anderem Wege zu erhalten als dem, der ihn zuletzt vernichten muß. Der Liberalismus — ökonomisch im Widerspruch zum Roosevelt-Regime stehend — ist politisch verurteilt, dieses selbe Regime zu unterstützen. Mittels der liberalistischen Propaganda gelingt es dem Roosevelt-Regime jedoch, die großen Arbeitermassen hinter sich zu bringen, so daß auch bei den kommenden Wahlen der Gewinn der Arbeiterparteien höchstens ein geringfügiger sein kann, wie der Ausgang der Wahlen weiterhin zeigen wird, daß der Einfluß der Arbeiterparteien innerhalb der amerikanischen Demokratie noch ohne jede wirkliche Bedeutung ist. Es fällt den Gewerkschaftsführern, die im Rahmen der kapitalistischen Parteien fungieren, noch leicht, trotz allen bisherigen Enttäuschungen, die die Roosevelt-Regierung den Arbeitern bot, die gesamte Gewerkschaftsbewegung für Roosevelt mobil zu machen. Auf der Ende Januar stattgefundenen Reichskonferenz der industriel zusammengefaßten Bergarbeiter (United Mine Workers of America), die »radikalste« der amerikanischen Gewerkschaften, wurde nicht nur beschlossen, dem Roosevelt-Kampagne-Fonds finanzielle Hilfe zu bieten, sondern es wurde ebenfalls einstimmig beschlossen, für Roosevelt zu stimmen. Der Sekretär der UM. of A., McGrady, verkündete darauf: »Laßt diese Abstimmung unsere Antwort an die

Geldsäcke von Wallstreet sein.« Aber man hatte sich damit nur gegen die kleineren, für die größeren Geldsäcke entschieden.

Die Demagogie der heutigen amerikanischen Politik ist auch tatsächlich verwirrend und schwer zu durchschauen. Zu welch anderen Schlüssen soll der Laie kommen, als daß Roosevelt tatsächlich gegen das große Kapital operiert, wenn große Kapitalisten wie Mellon, Raskop, Morgan, Du Pont vor Untersuchungskommissionen gebracht werden, die sich nicht nur um finanzpolitische Aufklärungen bemühen, sondern auch solche heiklen Dinge behandeln wie die Rolle, die einzelne Kapitalisten im letzten Kriege spielten?

Daß die Regierung im Interesse ihrer Wiederwahl auf einzelne kapitalistische Gruppen Druck ausüben muß, daß sie tatsächlich gegen Steuerhinterziehungen vorzugehen hat im Interesse anderer Kapitalisten, und daß der drohende Krieg zur Bereinigung der Aufrüstungsindustrie und zur nationalen Koordination der internationalen Kreditpolitik zwingt, diese Selbstverständlichkeiten verschwinden hinter den sensationellen Interpretationen, die diese Dinge durch die Presse erfahren. Es ist nicht der »Kampf um die Neutralität«, der Parolen, wie die der Zerstörung der Extraprofite der Kriegsindustrie, so populär macht, sondern es geht hier um die bessere Einfügung der Kriegsindustrie innerhalb der monopolistischen Interessen, die heute die nationalen Gesamtinteressen darstellen. Gerade die Stärkung der kriegerrischen Potenz, nicht die Sehnsucht nach Sicherung der Neutralität, liegt der Tätigkeit der vom Senator Nye geleiteten Untersuchungskommission gegen die Kriegsindustriellen zugrunde.

Jedoch nicht die Propaganda für oder gegen Roosevelt entscheidet zuletzt den Sieg der einen oder anderen Partei. Die Tatsache, daß es unter dem Roosevelt-Regime gelang, den wirtschaftlichen Abstieg vorübergehend aufzuhalten, sichert diesem genügend Sympathien, daß seine Wiederwahl, wie schon gesagt, die größte Wahrscheinlichkeit für sich hat. Die Zeit bis zur nächsten Wahl ist zu kurz, um selbst bei der sich vollziehenden erneuten Verschlechterung der Wirtschaft eine Verlängerung der künstlichen Stabilisation auszuschließen. Die auf dem Wege der Kreditinflation erreichte Atempause kann noch um etwas verlängert werden und Roosevelt erlauben, das Rennen erneut zu gewinnen. Aber hinter der Kreditinflation lauert die offene Geldinflation, die vollständige Expropriation des Mittelstandes und die verschärfteste Pauperisierung der Arbeiter. Obwohl die offene Inflation in Amerika durch die starke Verquickung von Schuldner- und Gläubigerkapital weniger verlockend ist als in den meisten Ländern, erhält sie doch große Wahrscheinlichkeit durch die Unmöglichkeit plötzlicher, schroffer, wirtschaftspolitischer Wendungen. Der starke Goldabfluß der letzten Wochen wird als ein Signal der kommenden Inflation von der Roosevelt-Opposition in den grellsten Tönen aufgezogen. Aber die Uebertreibung der Gefahr beseitigt die Gefahr selbst nicht. Die heutige Wirtschaftspolitik spekuliert auf bessere Zeiten. Sie lebt von den eventuell kommenden Profiten. Bleiben diese aus, so muß das heutige Programm in sein Gegenteil umschlagen. Roose-

velt muß dann lernen, seine monopolistische Politik ohne liberalistische Phrasen zu verfolgen. Die Politik wird so brutal werden, wie es die Wirtschaft ist, und aus dem »Retter des Volkes« wird dann ein »Feind des Volkes« werden.

---

## Parteispitzel und Provokateure in der Schweiz

Von Styx

Der Fall Wesemann, der die Weltöffentlichkeit zum Proteststurm aufrief, gibt Veranlassung, sich etwas näher mit der Frage des Spitzeltums und der Provokateure zu befassen. Speziell das Parteispitzeltum in der Schweiz in früheren Zeiten verdient eine kritische Beleuchtung. »Provokatorische Naturen« — sagt der Jurist Singerwald in seinem Werk »Agent provocateur« —, »Menschenverderber und Mephistopheles hat es wahrscheinlich zu allen Zeiten gegeben. System aber in diese Teufelskünste gebracht, zu einem Handwerk sie ausgestaltet und so das Institut des Agent provocateur geschaffen zu haben, das ist das Verdienst des absoluten Polizeistaates.« Es ist eine historische Tatsache, daß das Treiben der Spitzel und Provokateure ihren Höhepunkt immer in Zeiten politischer Gärungen erreicht. Je unruhiger, je turbulenter die Zeiten, um so größer ist nicht nur die Zahl dieser schmutzigen Subjekte, sondern um so skrupelloser sind auch die Mittel, die sie anwenden, um sich ihren Judaslohn zu sichern. Bereits in den Jahrzehnten des Ancien régime, als die Despotie jede revolutionäre Gärung brutal unterdrückte, bestand in Frankreich die Organisation der politischen Polizei, die sich aktiv der Anwerbung von Spitzeln bediente. In diese Organisation führte Napoleon I. eine Neuordnung ein, die er selbst »Cytherische Kohorte« nannte. Eine der Polizei angegliederte *Frauenorganisation*, deren Aufgabe polizeitechnisch so bezeichnet wurde: »Schöne, junge Damen sollen sinnliche Männer verführen und aushorchen.«

Mit dem Revolutionsjahr 1848 begann in Europa die erste Blütezeit des Spitzeltums. Bereits in jenem Jahre schrieb ein unbekannter Verfasser über das Spitzelwesen folgende treffende Zeilen: »Dieser Zweig ist zuerst am Giftbaum der französischen Polizei hervorgesessen, und sogleich haben die Deutschen in ihrem Affensinn Ppropfreiser sich kommen lassen und ihre kleinen einheimischen Holzäpfel damit veredelt, auf daß künftig auch sie die Frucht der Erkenntnis des Guten und Bösen in ihrem Garten haben. Nur schlechte Regierungen haben von je solcher Mittel sich bedient, weil sie kein Vertrauen auf ihre innere Haltbarkeit gewinnen konnten, darum sind sie lauernd geworden und haben mißtrauisch sich bewachen lassen; einer guten Regierung ist das ganze Institut unwürdig, weil es das wechselseitige Vertrauen untergräbt, die Offenheit versperrt, die Sittlichkeit verletzt.«

Aber das sogenannte »tolle Jahr« (1848) hatte noch keine feste